A5NEU5 queerfeministisch und weltoffen

Gremium: Plenum
Beschlussdatum: 17.04.2018

Queerfeminismus an der Uni

Wir als CampusGrün begreifen uns als queerfeministische Gruppe und möchten die Vorstellung von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit aufbrechen, auch an der Uni!

Wir wollen, dass die Uni ein Raum ist, in dem verschiedene sexuelle Identitäten und Orientierungen als Bereicherung gesehen werden und alle Menschen die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Studium haben. Menschen, die sich nicht dem binären Geschlechtersystem zuordnen, stoßen jedoch oftmals auf Barrieren - vom Gang zur Toilette bis zum Geschlechtseintrag bei der Immatrikulation oder dem Semesterticket. Um die Uni zu einem diskriminierungssfreien Ort zu machen, müssen diese Barrieren abgebaut werden! Das Frauenreferat, das Lesbenreferat (Interessenvertretung lesbischer, bi- und transsexueller Studentinnen) sowie das Schwulenreferat sind dafür als Interessenvertretung unverzichtbar und leisten wertvolle Arbeit. Wir unterstützen die autonomen Referate und möchten, dass diese in ihrer bestehenden Form erhalten bleiben. Wir schaffen eine Plattform für alle, die sich für Gleichberechtigung einsetzen, um sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. So möchten wir queerfeministische Themen leichter zugänglich machen und sichere Räume für Diskurse schaffen. Die Vernetzung feministisch aktiver Gruppen ist uns wichtig, um so die Chancen für feministisches Engagement zu erhöhen. Für eine bessere Familienplanung für Studierende ohne ausreichende finanzielle Mittel setzen wir uns für eine Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln analog zum Modell an der Hochschule Niederrhein ein.

Unsere Ziele:

- Unisex Toiletten in allen Unigebäuden

- Streichung der Geschlechterzugehörigkeit vom Semesterticket

- Freiwillige Angabe der Geschlechterzugehörigkeit auf allen universitären Formularen

- Uniweites Diversity-Konzept

- Erhaltung und Unterstützung der autonomen Referate

- Vernetzung (queer)feministischer Gruppen

- Kostenfreie Bereitstellung von Verhütungsmitteln für finanziell benachteiligte Studierende

Queerfeminismus in der Lehre

Frauen* sind in der Lehre deutlich unterrepräsentiert. Darüber hinaus werden frauenfeindliche Inhalte immernoch reproduziert. So können beispielsweise Jurist*innen keine Veranstaltungen zum Sexualstrafrecht besuchen und Medizinstudierende erlernen ein einseitiges Bild vom Mann als Normpatienten. Verhütungsfragen und Familienplanung sind minderrepresentiert und finden als

vermeintlich weibliche* Themen zu wenig Beachtung. An der Universität wünschen wir uns ein aufgeschlossenes Umfeld, in dem strukturelle Probleme angegangen und nicht ins Private (Weibliche) verdrängt werden.

Wir sehen es als notwendig an, dass Menschen über die Option eines legalen Schwangerschaftabbruches verfügen, sich darüber informieren können und dafür zuverlässige, zugängliche Quellen finden. Diese Möglichkeit muss durch offene und sensibilisierte Lehre sowie Forschung geschaffen werden. Ein Informationsverbot, wie es zur Zeit mit § 219a StGB besteht, verhindert dies und sorgt für eine Tabuisierung und Illegalisierung von Informationen. Generell bekennen wir uns auch zur Abschaffung von § 218 und § 219 StGB, denn nur durch eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, lässt sich eine vernünftige Ausbildung von Ärzt*innen in diesem Bereich sicherstellen.

Unsere Ziele:

- kritische Evaluation der Lehre

- Aufnahme von Schwangerschaftsabbrüchen in die Lehre

- mehr Einbeziehung von Frauen* in Forschung und Lehre

Verbindungen und Burschenschaften

Wir lehnen Verbindungen und Burschenschaften ab! Immer wieder werben diese Gruppen zum Beispiel mit günstigem Wohnraum und verschleiern dabei die damit verbunden Konsequenzen. Verbindungen schließen Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Einstellungen aus und fördern elitäre Strukturen. Oftmals sind Kontakte ins rechte Milieu zu beobachten und Burschenschaften pflegen nationalistische und rassistische Traditionen. Diese Art von Gruppen darf an einer offenen, diversen und demokratischen Hochschule keinen Platz haben.

Unsere Ziele:

- Verbindungen und Burschenschaften aus der Liste der Hochschulgruppen streichen

- Informationen bereitstellen und kritische Veranstaltungen zum Thema Verbindungen organisieren

- Keine Koalition mit Listen, die Mitglieder in Burschenschaften haben

Inklusion

CampusGrün steht dafür ein, ein Studium für alle zu ermöglichen. Dabei dürfen persönliche Umstände das Studienleben nicht nachteilig beeinflussen. Die Universität darf Studierende mit ihren individuellen Bedürfnissen nicht alleine lassen. Wir kämpfen für weitere Unterstützungen und den Abbau von Barrieren für Studierende mit nicht-akademischem Hintergrund, für Studierende mit Kind(ern), für Geflüchtete an den Hochschulen und für Menschen mit Behinderung. Der Nachteilsausgleich bei Prüfungen ist uneinheitlich und bürokratisch - wir setzen uns für einen gerechten Ausgleich für alle ein. In den letzten Jahren konnten wir bereits erfolgreich Gebärdensprachkurse in der Uni verankern und das Studi-Kids-Café etablieren. Studierende mit Kind brauchen Eltern-Kind-Räume in denen sie sich zurückziehen können. Die Universität und ihre Gebäude müssen barrierefrei sein, damit auch Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am Studium teilhaben können.

Unsere Ziele:

- Eine verstärkte Einbindung des Referats für Finanziell und Kulturell benachteiligte Studierende (FiKuS) und des Referats für chronisch Kranke und Behinderte

- Die Möglichkeit zum Teilzeitstudium

- Eine Erhöhung der Kapazität der zulassungsbeschränkten Studienplätze für internationale Studierende

- Eine Unterstützung von Studierenden mit Fluchterfahrung

- Barrierefreiheit in allen universitären Einrichtungen und Gebäuden und in Gebäuden des Studierendenwerks

- Eltern-Kind-Räume in allen Instituten und Wickeltische auf den Universitätstoiletten

- Studierendenfreundliche Kinderbetreuungsangebote

Diskriminierungen bekämpfen

Viele Studierende werden tagtäglich diskriminiert, sei es aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft oder ihres sozialen Status. Dazu gehören auch sexuelle Belästigungen oder Diskriminierungen durch Höhergestellte. Besonders bei negativen Erfahrungen in denen ein Machtgefälle besteht, ist es für die Opfer schwierig, sich zu wehren. Wir fordern einen anonymen Briefkasten, um ihnen eine Stimme zu geben. Durch eine Auswertung werden diskriminierende Strukturen an der Universität quantifizierbar.

Die Diskriminierung von Frauen* spiegelt sich in den universitären Karrierechancen wider. Je weiter die Karriere voranschreitet, desto stärker nimmt der Frauen*-Anteil ab. So sind unter Professor*innen nur 22% Frauen* vertreten. Um dies zu ändern, brauchen wir eine verbindliche Quote.

An der Uni Münster studieren 54% Frauen*, doch in universitären und studentischen Gremien sind diese nicht gleichberechtigt vertreten. Wir möchten, dass an der Uni Frauen* und Männer* gleichberechtigt in Gremien vertreten sind und die gleichen Möglichkeiten haben, sich beteiligen zu können.

Unsere Ziele:

- anonyme Meldestelle bei Diskriminierungen

- Quotierung universitärer und studentischer Gremien

- Verbindliche Frauen*quote bei der Besetzung von Professuren

- Förderung geschlechtergerechter Sprache in Vorlesungsfolien,-unterlagen und Studienarbeiten

- Besserstellung der Gleichstellungsbeauftragten

Rassismus und Antisemitismus bekämpfen

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in unserer Gesellschaft leider immer noch weit verbreitet und nimmt weiter zu. Und auch die Universität als Teil der Gesellschaft ist nicht frei von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.

Dies wollen wir ändern! Die Universität und die Verfasste Studierendenschaft müssen hierfür sensibilisieren und niedrigschwellige und mit Handlungskompetenzen ausgestatte Anlaufstellen für von rassistischer Diskriminierung betroffene Personen schaffen. Auch 73 Jahre nach Auschwitz ist Antisemitismus immer noch ein Problem in der Gesellschaft und leider auch im akademischen Bereich. Unser Anspruch ist es, dass in Verschwörungstheorien versteckter Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an der Universität keinen Platz haben. Wir fordern auch eine stärkere Sensibilisierung für diese Themen in der Lehrer*innen-Ausbildung. Auch stellen wir uns klar gegen Wissenschafts- und Kulturboykottaufrufe gegenüber Israel. Wir lehnen jede Unterstützung der antisemitischen "Boycott, Divest, Sanction"-Bewegung ab. Auch eine Zusammenarbeit mit allen anderen menschenfeindlichen Organisationen lehnen wir ab. Im Zuge unserer Einsatzes gegen Rassismus und Antisemitismus fordern wir auch eine Umbenennung der Universität, da Wilhelm der II. für den Völkermord an den Herero und Nama, chauvinistische Kriegstreiberei und Antisemitismus steht.

Unsere Ziele:

- Lehrende, Mitarbeitende, Studierende und angehende Lehrer*innen für rassistische Diskriminierungen sensibilisieren

- Anlaufstellen für von rassistischer Diskriminierung betroffene Personen schaffen

- Keine Gelder und Räume für die BDS-Bewegung und alle anderen menschenfeindlichen Organisationen

- Uni umbenennen